

Vorl.-Nr. 2023/0332



Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg e.V. Gerhart-Hauptmann-Straße 13, 65462 Ginsheim-

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Torsten Reinheimer

Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg
- Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung -
Rolf Leinz
Fraktionsvorsitzender
Immanuel-Kant-Str. 3
65462 Ginsheim-Gustavsburg
Tel. 06144 / 40 19 88

rolf.leinz@fw-gigu.de
www.fw-gigu.de
Ginsheim-Gustavsburg, 23.10.2023

Antrag zur Ausweisung von Vorratsflächen für den Gemeinbedarf und Gewerbeflächen im Regionalen Flächennutzungsplan

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von SPD und Freien Wähler Ginsheim-Gustavsburg stellen folgenden Antrag mit der Bitte um Einbringung in den Geschäftsgang und Behandlung im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Im Rahmen der ersten Offenlage und frühzeitigen Beteiligung zum neuen Regionalen Flächennutzungsplans wird die Verwaltung beauftragt im Bereich nordöstlich der L 3040 bis zur A671 sowie zur A 60 im Süden Vorratsflächen für Gemeinbedarf und mögliche Gewerbeflächen auszuweisen.

Begründung:

Im Verfahren zur Neuaufstellung des regionalen Flächennutzungsplans besteht für die Stadt Ginsheim-Gustavsburg im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit Vorratsflächen für den Gemeinbedarf und mögliche Gewerbeflächen auszuweisen. Diese sollen im Frühjahr 2024 durch den Regionalverband erfolgen.



Der noch zu beschließende Regionale Flächennutzungsplan stellt die Weichen für die Zukunft in unserer Region. Als Stadt müssen wir im Rahmen der Daseinsvorsorge entsprechende Vorratsflächen für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und weitere Gewerbeflächen in unserer Gemarkung treffen.

Nach wie vor ist das Rhein-Main-Gebiet eine Zuzugsregion. Damit sind aber viele weitere Maßnahmen erforderlich. Das haben wir gerade erst bei der Ansiedlung eines Mittelstufengymnasiums im Bereich Bischofsheim erfahren. Dies gilt aber gleichermaßen auch für zukünftige Gewerbeflächen, auch hier müssen wir uns als Stadt in dem neuen Flächennutzungsplan zumindest Handlungsoptionen offenhalten, um unsere Stadt zukunftsfähig gestalten zu können.

Die Entscheidung zur Ausweisung von möglichen Flächen für den Schulbau und Gewerbeflächen müssen wir jetzt treffen, um diese Planung noch in den noch zu beschließenden Regionalen Flächennutzungsplan einfließen zu lassen.

Abschließend ist festzustellen, dass mit diesem Antrag kein Beschluss für ein Gewerbegebiet entschieden wird. Vielmehr werden die oben genannten Bereiche als mögliche Vorratsflächen ausgewiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Rolf Leinz
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler

Carsten Nickel
Fraktionsvorsitzender SPD